

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Bewerbungsbedingungen

Vergabe von Netzpacht- und Netzbetriebsverträgen zum flächendeckenden Breitbandausbau im Betreibermodell

Phase 2

in den Kommunen des Ortenaukreises:

Los	Projektname	Los	Projektname
2.01	Zell am Harmersbach	2.07	Nordrach
2.02	Biberach	2.08	Bad Peterstal Griesbach
2.03	Mühlenbach	2.09	Schuttertal
2.04	Hornberg	2.10	Wolfach
2.05	Oberharmersbach	2.11	Lautenbach
2.06	Oberwolfach	2.12	Oppenau

I.	Allgemeine Angaben zum Vergabeverfahren.....	4
1.	Projektdaten/Konzessionsgegenstand	4
1.1	Ausgangslage (Phase 1)	4
1.2	Breitbandausbau Phase 2	4
1.3	Rechtsrahmen	5
1.4	Mindestversorgungsziel.....	6
1.5	Netzbetriebs- und Pachtvertrag	6
2.	Verfahrensgestaltung und Losbildung	7
3.	Konzessionsgeber	9
4.	Vergabestelle und Verfahrensbetreuung.....	9
5.	Kommunikation über das Vergabeportal	9
II.	Vergabeunterlagen	9
1.	Bereitstellung der Vergabeunterlagen	9
2.	Prüfung der Vergabeunterlagen und Frist zur Einreichung von Fragen... ..	10
3.	Mitteilungen der Vergabestelle zum Verfahren und zu den Vergabeunterlagen.....	10
III.	Form und Frist für die Abgabe der Teilnahmeanträge	12
IV.	Eignungsanforderungen und gesetzliche Ausschlussgründe	13
1.	Gesetzliche Ausschlussgründe	13
2.	Gesonderte Erklärungen	13
2.1	Erklärung gem. Art. 5k der Verordnung (EU) 2022/576	13
2.2	Erklärung gem. § 8a Haushaltsgesetz 2024	13
3.	Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	13
3.1	Eintragung in Berufs- oder Handelsregister	13
3.2	Meldebestätigung nach § 5 Abs. 3 TKG.....	13
4.	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	14
4.1	Umsätze des Unternehmens	14
4.2	Haftpflichtversicherung	14
5.	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit.....	14
5.1	Referenzen	14
5.2	Technische und personelle Ausstattung	15
5.2.1	Network Operations Center (NOC)	15
5.2.2	Field Service für Aufbau und Betrieb.....	15
5.2.3	Projektleitung.....	15
5.2.4	Technischer Ansprechpartner	16
5.2.5	Kontaktstelle für Störungsmeldungen	16
V.	Einsatz von Nachunternehmern	16

Bewerbungsbedingungen – Vergabe von Netzpacht- und Netzbetriebsverträgen zum Betrieb eines gigabitfähigen Breitbandnetzes im Ortenaukreis **Phase 2**

Stand: 03.06.2026

1.	Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe.....	16
2.	Nachunternehmereinsatz mit Eignungsleihe.....	16
3.	Pflichten während Auftragsausführung	17
VI.	Bewerber- und Bietergemeinschaften	17
VII.	Prüfung der Teilnahmeanträge und Auswahl der Teilnehmer.....	17
VIII.	Weiterer Verfahrenslauf (Angebots- und Verhandlungsphase)	18
IX.	Angebotswertung	18
1.	Allgemeine Hinweise zur Angebotswertung	18
2.	Ausschlussgründe	18
X.	Bedingungen für die Ausführung des Auftrags.....	19
XI.	Vertragsentwurf	19
XII.	Sonstiges	19
1.	Einlegung von Rechtsbehelfen.....	19
2.	Vertraulichkeit und Datenschutz.....	20
3.	Vorbehalt	21
4.	Änderungsvorbehalte	21
5.	Unterstützung der BOKG im Förderverfahren	22
6.	Wahrung des Geheimwettbewerbs	22
7.	Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse.....	22
8.	Haftungshinweis	22
XIII.	Anlagen.....	23

I. Allgemeine Angaben zum Vergabeverfahren

1. Projektdaten/Konzessionsgegenstand

1.1 Ausgangslage (Phase 1)

Der Ortenaukreis, sowie 47 kreisangehörige Städte und Gemeinden haben sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam in den unterversorgten Bereichen ihrer Gebiete ein NGA-Netz zu errichten und dessen dauerhaften Betrieb zu gewährleisten. Hierzu wurde die Breitband Ortenau GmbH & Co. KG (BOKG) gegründet, die für ihre Gesellschafter-Kommunen die Funktion als Infrastrukturträgerin übernehmen soll.

In 2019/2020 hat die BOKG ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Verfahren zur Vergabe einer Dienstleistungskonzession (Betreibermodell) zur pachtweisen Überlassung und zum Betrieb eines noch zu errichtenden passiven NGA-Netzes / einer noch zu errichtenden passiven Infrastruktur im Rahmen des sog. „Weißen Flecken-Programms“ nach der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ durchgeführt. Der Ausbau in Phase 1 bezog sich gemäß diesem Förderregime auf solche Gebiete, die zuvor mit einer Datenrate von weniger als 30 MBit/s im Download erschlossen waren. Der Ausbau dieser ersten Phase ist zu einem Großteil abgeschlossen.

Im Anschluss folgt nun der Ausbau der Phasen 2 bis 5. Die BOKG führt die Verfahren zur Vergabe von Netzpacht- und Netzbetriebsverträgen zum flächendeckenden Breitbandausbau im Betreibermodell für die Phasen 2 bis 5 teilweise parallel durch.

1.2 Breitbandausbau Phase 2

Die durchgeführten Branchendialoge und die Markterkundungen haben ergeben, dass in den in der unten eingefügten Tabelle aufgeführten Kommunen im Ortenaukreis derzeit keine leistungsfähige Gigabitinfrastruktur mit einem Angebot entsprechender Telekommunikationsdienste flächendeckend gemäß den Zielen der Gigabit-Richtlinie 1.0 verfügbar ist und in den nächsten Jahren verfügbar sein wird.

Die BOKG hat daher Fördermittel für einen flächendeckenden Gigabitausbau beantragt und entsprechende Zuwendungsbescheide für die unten aufgelisteten Kommunen in vorläufiger Höhe erhalten. Die Vorhaben sollen zudem durch eine Kofinanzierung des Landes Baden Württemberg mitfinanziert werden.

Siehe hierzu die **Anlage „Zuwendungsbescheide BOKG Phase 2“**, die **Anlage „Rechtsrahmen Phase 2“** sowie die **Angaben zur Anzahl der Adresspunkte in der „Leistungsbeschreibung Phase 2“**.

Folgende Lose sind somit Gegenstand der Vergabe Phase 2:

Los	Projektname	Aktenzeichen Bund
2.01	Zell am Harmersbach	832.6/10-22 01BW21028
2.02	Biberach	832.6/10-22 01BW21053
2.03	Mühlenbach	832.6/10-22 01BW21054
2.04	Hornberg	832.6/10-22 01BW21107
2.05	Oberharmersbach	832.6/10-22 01BW21116
2.06	Oberwolfach	832.6/10-22 01BW21291
2.07	Nordrach	832.6/10-22 01BW21292
2.08	Bad Peterstal Griesbach	832.6/10-22 01BW21436
2.09	Schuttertal	832.6/10-22 01BW21470
2.10	Wolfach	832.6/10-22 01BW21548
2.11	Lautenbach	832.6/10-22 01BW21682
2.12	Oppenau	832.6/10-22 01BW21943

Die BOKG beabsichtigt, die geförderten passiven Gigabit-Breitbandnetze je Los an ein TK-Unternehmen (im Folgenden: „Konzessionsnehmer“ oder „Netzbetreiber“ pachtweise zu überlassen sowie den Konzessionsnehmer mit dem Betrieb des jeweiligen Gigabit-Breitbandnetzes zu beauftragen.

Der Konzessionsnehmer hat das Gigabit-Breitbandnetz mindestens für die förderrechtlich vorgegebene Mindestbetriebsdauer von vollen sieben Jahren nach Gesamtfertigstellung des jeweiligen Gigabit-Breitbandnetzes zu betreiben.

Es ist beabsichtigt, die Laufzeiten der Verträge über die vorgenannten sieben Jahre hinaus zu verlängern und die Laufzeiten zu den einzelnen Losen zu konsolidieren, so dass diese zu einem einheitlichen Datum (31.12.2040) auslaufen. Mit dem Projektträger wird derzeit abgestimmt, welche Gestaltungsmöglichkeiten nach dem vom Projektträger vorgegebenen Mustervertrag hierzu genutzt werden können (z.B. feste Laufzeit bis Ende 31.12.2040 oder Verlängerungsoption für die BOKG). Aufgrund des Projektträgerwechsels zum 01.01.2026 war dies vor Veröffentlichung der Vergabe noch nicht möglich.

Im Übrigen wird auf die Leistungsbeschreibung nebst Anlagen verwiesen.

1.3 Rechtsrahmen

Die BOKG führt das Vergabeverfahren auf der Grundlage und im Rahmen des allgemeinen Rechts unter Berücksichtigung der bestehenden und zu erwartenden Förderbescheide, der

weiteren Nebenbestimmungen und Hinweise für die jeweiligen Bescheide sowie nach den einschlägigen Bestimmungen zum Beihilfe- und Förderrecht durch.

Hierzu wird auf die gesonderte **Anlage „Rechtsrahmen Phase 2“** verwiesen.

1.4 Mindestversorgungsziel

Die BOKG möchte in diesem Rahmen ein gigabitfähiges Netz für die bislang unterversorgten Adresspunkte in den unter 1.2 genannten Kommunen gemäß den in der **Anlage Leistungsbeschreibung Phase 2** näher definierten Ausbaugebieten auf Grundlage einer noch abschließend zu erstellenden technischen Planung errichten und die beantragten Fördermittel für die Planung und den Bau verwenden. Planungs- und Bauleistungen sind nicht Gegenstand dieser Vergabe.

Ausbauziel der BOKG ist, eine flächendeckende NGA-Versorgung in den o.g. Kommunen zu gewährleisten und den noch unterversorgten Adresspunkten **eine Datenrate von mindestens 1 Gbit/s symmetrisch** zur Verfügung zu stellen.

Ergänzend wird auf die gesonderte **Anlage „Rechtsrahmen Phase 2“** verwiesen.

1.5 Netzbetriebs- und Pachtvertrag

Das passive Netz soll nach Gebrauchsüberlassung an den Netzbetreiber durch diesen betrieben werden. Der Netzbetreiber schafft nach Überlassung des passiven Netzes die Voraussetzungen, dieses zu betreiben, indem er z. B. die hierfür erforderlichen aktiven Komponenten installiert und es mit weiterer für den Betrieb erforderlicher Netzinfrastruktur verbindet. Der Netzbetreiber übernimmt neben dem Betrieb auch Vermarktungsaufgaben. Des Weiteren stellt er Telekommunikationsdienste zur Verfügung.

Die BOKG beschränkt sich für ihre Gesellschafter-Kommunen im Rahmen des hiermit ausgeschriebenen Vertrages auf die Funktion als Infrastrukturträgerin und ihre Tätigkeit auf die bauliche Errichtung und die Verpachtung von Leerrohren mit unbeschalteten NGA-fähigen Kabeln (passive FTTB-Infrastruktur).

Weitere Informationen sind den Anlagen gemäß Anlagenverzeichnis (Kap. XIII) zu entnehmen.

Grundlage für den Vertrag bildet das vom Zuwendungsgeber vorgegebene Vertragsmuster. Nach Ablauf des Teilnahmewettbewerbs wird ein Vertragsmuster je Los für die Angebotserstellung zur Verfügung gestellt.

2. Verfahrensgestaltung und Losbildung

Die Vergabe erfolgt im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb unter entsprechender Anwendung des § 12 Abs. 1 S. 2 KonzVgV in Verbindung mit § 17 Abs. 1 VgV sowie den in dieser Verfahrensbeschreibung erläuterten Verfahrensbedingungen.

Es erfolgt eine Aufteilung in Lose (je Zuwendungsbescheid 1 Los) gemäß der tabellarischen Aufstellung in Kapitel I.2.

Das Verfahren wird in mehreren Stufen wie folgt durchgeführt:

Verfahrensstufe 1:

In der **ersten Verfahrensstufe** sind die TK-Unternehmen aufgefordert, einen Teilnahmeantrag mit Eignungsnachweisen einzureichen.

Die TK-Unternehmen haben die Möglichkeit, sich im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs auf **eines, mehrere oder alle genannten (Einzel-)Lose** zu bewerben.

In der Formularsammlung „Teilnahmeantrag“ ist zwingend anzugeben, auf welches (Einzel-)Los bzw. welche (Einzel-)Lose sich der Teilnahmeantrag erstreckt.

Mit dem Teilnahmeantrag sind die Erklärung zum Verbot der Beteiligung russischer Unternehmen nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 und die Erklärung gemäß § 8a Haushaltsgesetz 2024, wonach die Zuwendung nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und nicht an Empfänger gewährt werden darf, die terroristische Vereinigungen sind/unterstützen, abzugeben.

Verfahrensstufe 2:

Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs werden die zum weiteren Verfahren zugelassenen Bewerber aufgefordert, ihre indikativen Erstangebote auf Basis der Vergabeunterlagen einzureichen.

Dabei dürfen die TK-Unternehmen entsprechend nur für solche (Einzel-) Lose ein Angebot einreichen, sofern sie sich im Teilnahmewettbewerb auch für die entsprechenden (Einzel-)Lose beworben haben, zugelassen wurden und zur Angebotsabgabe aufgefordert wurden. Es wird bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Angebote auf (Einzel-)Lose jeweils separat und vollständig die Anforderungen der Leistungsbeschreibung erfüllen müssen.

Nach Prüfung der indikativen Erstangebote werden mit den Bietern Verhandlungen mit dem Ziel durchgeführt, etwaige Unklarheiten aufzuklären und die indikativen Erstangebote inhaltlich zu konkretisieren sowie zu verbessern. Außerdem erhalten die Bieter die Gelegenheit, Änderungsvorschläge zu unterbreiten, soweit diese nicht die sich aus dem Rechtsrahmen und Förderbedingungen ergebenden Mindestanforderungen betreffen. Vorsorglich wird klargestellt, dass kein Anspruch auf Berücksichtigung der Änderungsvorschläge besteht. Die Vergabestelle wird die Änderungsvorschläge jedoch unter Berücksichtigung der vergaberechtlichen Grundsätze und der Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Wettbewerbs prüfen und gegebenenfalls in das Verfahren aufnehmen.

Es können eine oder mehrere Verhandlungsrunden durchgeführt werden. Dabei wird mit den einzelnen Bietern räumlich und zeitlich getrennt verhandelt werden.

Konkrete Termine und das Format der Verhandlungsgespräche werden rechtzeitig mitgeteilt. Die Vergabestelle behält sich vor, die Verhandlungsgespräche in Form einer Videokonferenz durchzuführen.

Nach Abschluss der Verhandlungen werden die Bieter aufgefordert, vollständige und verbindliche Angebote (im Folgenden auch: finale Angebote) abzugeben.

Die Bieter haben mit ihrem Angebot zu bestätigen, sich ausreichend über die tatsächlichen Voraussetzungen des Leistungsgegenstandes informiert zu haben. Sie erkennen damit an, dass die Vergabestelle keine Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Unterlagen und Informationen übernehmen kann und ihnen insoweit keine Schadensersatzansprüche zustehen.

Die Bewertung der form- und fristgerecht eingegangenen finalen Angebote der geeigneten Bieter erfolgt gemäß der **Anlage Zuschlagskriterien**. Dabei ist derjenige Bieter auszuwählen, der das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat.

Nach Überprüfung und Auswertung der Angebote werden die Bieter gegebenenfalls um weitere Aufklärung oder Vervollständigung gebeten. Die BOKG behält sich vor, ebenfalls über die verbindlichen Angebote zu verhandeln, um Unklarheiten zu beseitigen, sowie ggfs. erforderliche Anpassungen oder Konkretisierungen vornehmen zu können, insbesondere, wenn diese vom Fördermittelgeber oder von der BNetzA verlangt werden sollten.

Für den Fall, dass sich der Änderungsbedarf aufgrund von Vorgaben des Zuwendungsgebers oder der BNetzA ergeben, kann die BOKG die Verhandlungen auch ausschließlich mit dem Bieter führen, der nach Auswertung der Angebote für den Zuschlag vorgesehen ist. Diese Verhandlungen dürfen nur zur Umsetzung der vorgenannten Vorgaben geführt werden und nur, soweit keine wertungsrelevanten Aspekte betroffen sind bzw. keine wettbewerblichen Auswirkungen damit verbunden sind.

3. Konzessionsgeber

Breitband Ortenau GmbH & Co. KG
Hauptstraße 27
77652 Offenburg

4. Vergabestelle und Verfahrensbetreuung

W2K Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB
Kaiser-Joseph-Straße 247
D-79098 Freiburg
Mail: vergabe@w2k.de

5. Kommunikation über das Vergabeportal

Die vorgenannte Vergabestelle ist alleinige Ansprechpartnerin in allen Fragen des Vergabeverfahrens. Auskünfte anderer Stellen oder anderer Personen sind nicht verbindlich. Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über die Bieterkommunikation der Vergabeplattform dtvp (im Folgenden auch: E-Vergabeplattform), es sei denn, die Kommunikation ist aufgrund technischer Probleme nicht über die E-Vergabeplattform möglich.

Telefonische Auskünfte sind nicht verbindlich. Es gilt das geschriebene Wort. Die Kommunikation erfolgt in deutscher Sprache.

Um am Verfahren teilnehmen zu können (und z.B. eigene Nachrichten an die Vergabestelle zu senden, Angebote abzugeben oder über Änderungen automatisch per E-Mail informiert zu werden), müssen sich die Unternehmen auf der E-Vergabeplattform für die Teilnahme am Verfahren anmelden.

Hinweise zur Nutzung der E-Vergabeplattform finden sich in der Anlage „Anleitung E-Vergabeplattform“.

II. Vergabeunterlagen

1. Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen stehen unter der folgenden Internetadresse unentgeltlich, uneingeschränkt und direkt zur Verfügung:

<https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMEMK6T/documents>

Eine Registrierung und Bestätigung zur Teilnahme am Verfahren für den Zugang zu den Unterlagen sind nicht erforderlich. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Registrierung und Bestätigung zur Teilnahme am Verfahren empfohlen werden, um über Mitteilungen an die Unternehmen informiert zu werden. Bei einem anonymen Zugriff auf die Vergabeunterlagen ist dies nicht möglich, das Unternehmen hat in eigener Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass es tatsächlich alle an die Unternehmen versandten Informationen erhält (vgl. II. Nr. 3).

2. Prüfung der Vergabeunterlagen und Frist zur Einreichung von Fragen

Die Unternehmen haben die Vergabeunterlagen unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit, etwaige Unklarheiten oder Fehler zu überprüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens unvollständige, unklare oder fehlerhafte Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung von Teilnahmeanträgen und Angeboten beeinflussen können, so hat das Unternehmen die Vergabestelle über die E-Vergabepattform unverzüglich, jedoch **spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der jeweiligen Eingangsfrist** darauf hinzuweisen bzw. um entsprechende Auskunft zu bitten.

Die Vergabestelle kann von der Beantwortung von Fragen absehen, die nach diesem Zeitpunkt gestellt werden. Sie wird die erforderlichen Auskünfte spätestens 6 Tage vor dem Ablauf der Eingangsfristen erteilen.

Antworten, die für die Teilnahmeantrags- und Angebotserstellung relevant sind, werden gemäß nachfolgendem Kapitel veröffentlicht bzw. zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Vergabeunterlagen samt Anlagen eventuell unzutreffende oder unvollständige Angaben enthalten können. Die Vergabestelle übernimmt hierfür - soweit rechtlich zulässig - keine Haftung.

3. Mitteilungen der Vergabestelle zum Verfahren und zu den Vergabeunterlagen

Antworten, Ergänzungen oder Korrekturen der Vergabestelle zum Verfahren und den Verfahrensunterlagen werden über die E-Vergabepattform bereitgestellt.

Wenn die Vergabestelle Antworten, Ergänzungen oder Korrekturen vornimmt, erhalten die Unternehmen, welche die Teilnahme zum Verfahren bestätigt haben, eine automatisch erstellte E-Mail, dass eine Nachricht der Vergabestelle auf der E-Vergabepattform eingestellt worden ist.

Unternehmen, die sich nicht für die Teilnahme am Verfahren angemeldet haben, sind dazu aufgefordert, sich in eigener Verantwortung über Aktualisierungen zu informieren.

Es liegt in der Verantwortung der Unternehmen, sich **bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Frist für die Einreichung von Teilnahmeanträgen/Angeboten** auf der oben genannten E-Vergabeplattform zu informieren, ob sich Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen in den Vergabeunterlagen ergeben haben. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass sich die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahme-/Angebotsfrist auch noch innerhalb dieser 6 Kalendertage zu verschieben. In seinen solchen Fall werden wir Sie unverzüglich ebenfalls auf der oben genannten E-Vergabeplattform informieren.

Sämtliche veröffentlichte Erläuterungen, Konkretisierungen und Änderungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

III. Form und Frist für die Abgabe der Teilnahmeanträge

Teilnahmeanträge sind bis zum

06.07.2026, 12:00 Uhr

über die E-Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal (dvp) in Textform nach § 126b BGB einzureichen:

<https://www.dvp.de/Satellite/notice/CXP4YMEMK6T>

Für die Übermittlung der elektronischen Teilnahmeanträge ist ausschließlich das Desktop-Bietertool oder die webbasierte Abgabe direkt im Browser zu nutzen.

Ergänzende Informationen hierzu finden Sie unter:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/pages/viewpage.action?pageId=94797826>

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/webbasierte+Abgabe+-+Anleitung>

Die Übermittlung per E-Mail, per Post oder über das Modul „Kommunikation“ auf E-Vergabeplattform ist nicht zulässig und führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrags aus dem weiteren Verfahren.

Eine Unterschrift oder Signatur der einzureichenden Unterlagen ist nicht notwendig.

Es ist jedoch entweder der Name der natürlichen Person einzutragen, die für das Unternehmen die rechtsverbindlichen Erklärungen abgibt oder es ist der Firmenname der juristischen Person bzw. der Handelsgesellschaft einzutragen.

Das TK-Unternehmen soll im Teilnahmeantrag einen Ansprechpartner nebst Kontaktdaten für dieses Verfahren benennen.

Der Teilnahmeantrag ist inklusive aller Anlagen gemäß den vorgegebenen Bezeichnungen in diesen Bewerbungsbedingungen einzureichen.

Für die Einreichung des Teilnahmeantrags sind die Formulare in der Formularsammlung zu verwenden.

Der Teilnahmeantrag ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen; ausgenommen sind fremdsprachige feststehende Fachbegriffe. Für Bestätigungen Dritter (z.B. Behörden), die in einer fremden Sprache eingereicht werden, ist eine beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder beeidigten Dolmetscher/Übersetzer angefertigte Übersetzung beizufügen (Kopie ausreichend).

Teilnahmeanträge, die nach Ablauf der oben genannten Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

IV. Eignungsanforderungen und gesetzliche Ausschlussgründe

Die nachfolgenden Anforderungen sind auch durch eine Bewerbergemeinschaft nachzuweisen.

1. Gesetzliche Ausschlussgründe

Erklärungen unter Verwendung der Formularsammlung zur Bestätigung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach § 154 Nr. 2 i.V.m. §§ 123, 124 Abs. 1 GWB.

2. Gesonderte Erklärungen

2.1 Erklärung gem. Art. 5k der Verordnung (EU) 2022/576

Erklärung unter Verwendung der Formularsammlung zum Verbot der Beteiligung russischer Unternehmen nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014.

2.2 Erklärung gem. § 8a Haushaltsgesetz 2024

Erklärung unter Verwendung der Formularsammlung gemäß § 8a Haushaltsgesetz 2024, wonach die Zuwendung nicht zur **Finanzierung terroristischer Aktivitäten** eingesetzt werden und nicht an Empfänger gewährt werden darf, die terroristische Vereinigungen sind/unterstützen.

3. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

3.1 Eintragung in Berufs- oder Handelsregister

Auszug aus dem einschlägigen Register (Berufs- oder Handelsregister) nicht älter als 6 Monate (seit Veröffentlichung der Bekanntmachung im EU-Amtsblatt), soweit entsprechende gesetzliche Registerpflichten bestehen.

3.2 Meldebestätigung nach § 5 Abs. 3 TKG

Nachweis über das Vorliegen einer Meldebestätigung nach § 5 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz.

Bei Bewerbergemeinschaften: Mindestens ein Mitglied muss diesen Nachweis vorlegen.

4. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

4.1 Umsätze des Unternehmens

Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre/Kalenderjahre gemäß Formularsammlung.

Die Vergabestelle behält sich vor, die Vorlage einer Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen zu verlangen.

4.2 Haftpflichtversicherung

Nachweis bestehender Haftpflichtversicherung mit einer Mindesthöhe von

- 5.000.000,00 EUR bei Personenschäden
- 5.000.000,00 EUR für Sachschäden
- 1.000.000,00 EUR Vermögensschäden

Die vorstehend genannten Deckungsbeträge müssen pro Versicherungsjahr mindestens zwei Mal zur Verfügung stehen.

Im Falle einer geringeren Deckung der Haftpflichtversicherungen ist zunächst eine Eigenerklärung gem. Formularsammlung ausreichend, dass im Auftragsfall die Deckungssumme/n entsprechend erhöht werden können. Auf Anforderung ist eine entsprechende Bestätigung der Versicherung/en einzureichen.

Bei Bewerbungsgemeinschaften muss der Nachweis von jedem Mitglied erbracht werden.

5. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

5.1 Referenzen

Erklärung zu mindestens 3 Referenzen jeweils in Form einer aussagekräftigen Darstellung.

Es werden nur Referenzen berücksichtigt, die nachfolgende Mindestanforderungen erfüllen:

- es handelt sich um in den Jahren 2020 bis Ende Juni 2026 erbrachte Leistungen (Inbetriebnahme des Netzes);

- die erbrachten Leistungen sind im Hinblick auf die zu erbringenden Leistungen vergleichbar mit den Leistungen dieses Vergabeverfahrens, d.h. die Referenzprojekte betreffen den Betrieb eines FTTB-Netzes mit mindestens 100 angeschlossenen (aktiven) Kunden im Ortsnetz mit mindestens einem Hauptverteiler (Standort mit aktiver Technik);
- es handelt sich um geförderte Projekte im Rahmen einer Breitbandförderung und dabei muss es sich bei mindestens einer Referenz um ein Projekt handeln, welches nach der Breitbandförderung des Bundes im Rahmen des Betreibermodells gefördert wurde.

Die Referenzen für verschiedene Leistungen können von demselben Konzessionsgeber/Auftraggeber oder von verschiedenen Konzessionsgebern/Auftraggebern stammen.

Der Inhalt der Erklärungen richtet sich nach den Vorgaben gemäß Formblatt (siehe Formularsammlung).

Bei Bürgergemeinschaften muss die Referenz durch ein Mitglied der Gemeinschaft (d.h. nicht durch jedes einzelne Mitglied) erbracht worden sein.

5.2 Technische und personelle Ausstattung

Erklärung unter Verwendung der Formularsammlung, dass die erforderliche technische Ausstattung sowie genügend personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, um die erfolgreiche Planung und Projektierung sowie die Errichtung und die Inbetriebnahme des FTTB-Netzes und den Netzbetrieb vertragskonform realisieren zu können.

5.2.1 Network Operations Center (NOC)

Darstellung, dass ein Network Operations Center (NOC) unterhalten wird, welches die Netzwerk- und Systeminfrastruktur des TK-Unternehmens **24 Stunden/365 Tage im Jahr (24/7)** überwachen, verwalten und warten kann, um Ausfälle zu verhindern, Probleme frühzeitig zu erkennen und kurzfristig zu beheben.

5.2.2 Field Service für Aufbau und Betrieb

Erklärung unter Verwendung der Formularsammlung, dass 3 Netzwerktechniker (Ausbildung Nachrichtentechniker oder vergleichbare Ausbildung) für Aufbau und Betrieb des Netzes zur Verfügung stehen.

5.2.3 Projektleitung

Projektleitung mit einschlägiger Berufserfahrung von mindestens 5 Jahren mit Ausführungen zum bisherigen Tätigkeitsfeld (Erklärung unter Verwendung der Formularsammlung).

5.2.4 Technischer Ansprechpartner

Technischer Ansprechpartner mit einschlägiger Berufserfahrung von mindestens 5 Jahren mit Ausführungen zum bisherigen Tätigkeitsfeld (Erklärung unter Verwendung der Formularsammlung).

5.2.5 Kontaktstelle für Störungsmeldungen

Darstellung, dass eine zentrale Kontaktstelle für Störungsmeldungen durch Tiefbauer, Bürger und Kommunen mit einer telefonischen Erreichbarkeit von **24 Stunden/365 Tage im Jahr (24/7) erfolgen kann.**

V. Einsatz von Nachunternehmern

1. Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe

Der Bewerber hat Art und Umfang der Leistungen, die er an Nachunternehmer zu vergeben beabsichtigt, im Formular Nachunternehmerleistungen anzugeben (normale Nachunternehmer). Die BOKG behält sich vor, die Namen und Adressen der vorgesehenen Nachunternehmer anzufragen und deren Eignung zu überprüfen. Bloße Zulieferer sind keine Nachunternehmer im Sinne dieser Vorgabe.

2. Nachunternehmereinsatz mit Eignungsleihe

Soweit der Bewerber in Teilbereichen der abgefragten Leistungen nicht über die geforderte Eignung verfügt, kann er dieses Defizit durch die sog. Eignungsleihe ausgleichen (in Anlehnung an § 25 Abs. 3 S. 1 und § 26 Abs. 3 KonzVgV). Nachunternehmer, auf deren Kapazitäten sich der Bewerber im Wege der Eignungsleihe bezieht, sind namentlich zu benennen und die von diesen Nachunternehmern zu erbringenden Leistungsteile sind zu benennen (sog. Qualifizierte Nachunternehmer). Hierfür ist das Formular Qualifizierte Nachunternehmen (Eignungsleihe in Anlehnung an § 26 Abs. 3 KonzVgV) zu verwenden. Es gilt § 47 Abs. 2 S. 3 VgV entsprechend.

Es ist nachzuweisen, dass die Qualifizierten Nachunternehmen dem Bewerber die erforderlichen Mittel zur Erfüllung seiner Pflichten aus dem Netzbetriebs- und Pachtvertrag für die gesamte Vertragslaufzeit zur Verfügung stellen werden. Der Nachweis ist durch Vorlage entsprechender Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen zu erbringen (Formular Verpflichtungserklärung in Anlehnung an § 26 Abs. 3 KonzVgV). In dem Formular sind die einzelnen Beiträge der Nachunternehmen im Rahmen der Zusammenarbeit den einzelnen Unternehmen explizit zuzuordnen.

Soweit sich ein Bewerber auf die Leistungsfähigkeit von Qualifizierten Nachunternehmen bezieht, sind die Anforderungen an das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und die Eignung entsprechend durch dieses Unternehmen zu erfüllen und durch entsprechende Nachweise und Eigenerklärungen zu belegen. Hierzu ist das Formular Verpflichtungserklärung in Anlehnung an § 25 Abs. 3 S. 1 KonzVgV zu verwenden.¹

3. Pflichten während Auftragsausführung

Es wird darauf hingewiesen, dass für Nachunternehmer aller Stufen die Vorgaben nach § 152 Abs. 4 i.V.m. § 128 Abs. 1 GWB einzuhalten sind.

VI. Bewerber- und Bietergemeinschaften

Bewerber- und Bietergemeinschaften sind zugelassen. Falls der Teilnahmeantrag durch eine Bewerbungsgemeinschaft abgegeben wird, sind die Erklärung des bevollmächtigten Vertreters sowie die Angaben zum Vertretungsberechtigten anzugeben.

Ferner ist anzugeben, welches Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft welche Leistungen im Auftragsfall erbringen wird. Hierzu ist die Formulareammlung zu verwenden.

VII. Prüfung der Teilnahmeanträge und Auswahl der Teilnehmer

Die Prüfung der Teilnahmeanträge erfolgt entsprechend § 57 VgV.

Die Vergabestelle behält sich vor, unvollständige oder fehlende Nachweise, Unterlagen oder Erklärungen in entsprechender Anwendung des § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

Nach Prüfung der Teilnahmeanträge wird die Vergabestelle die zum weiteren Verfahren zuzulassenden TK-Unternehmen zur Abgabe von Angeboten auffordern. Die TK-Unternehmen, die nicht ausgewählt werden, erhalten eine Mitteilung, dass sie nicht weiter am Verfahren beteiligt werden.

¹ Sofern Qualifizierte Nachunternehmer zur Eignungsleihe herangezogen werden, sind die Formulare „Qualifizierte Nachunternehmer (Eignungsleihe in Anlehnung an § 25 Abs. 3 KonzVgV)“ und „Verpflichtungserklärung in Anlehnung an § 26 Abs. 3 KonzVgV“ auszufüllen, rechtsverbindlich zu unterschreiben und eingescannt einzureichen. Falls in diesem Dokument keine Unterschrift eingescannt ist, muss sich aus anderen beigefügten Unterlagen ergeben, dass sich das Unternehmen rechtsverbindlich an die o.g. Zusagen gehalten fühlt.

VIII. Weiterer Verfahrenslauf (Angebots- und Verhandlungsphase)

Die Vergabestelle wird die indikativen Erstangebote prüfen auf die

- Einhaltung der in diesem Verfahren bestimmten Form- und Fristvorgaben
- Beifügung der Formularsammlung nebst den dort geforderten Erklärungen, Angaben, Nachweise und Anlagen.

Die Vergabestelle behält sich vor, Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung in entsprechender Anwendung des § 56 Abs. 2 und 3 VgV aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

Indikative Erstangebote, die nicht form- und fristgerecht eingereicht werden, sind auszuschließen. Dasselbe gilt, wenn der Bieter auf entsprechende Nachforderung der Vergabestelle fehlende oder unvollständige Erklärungen und Nachweise nicht oder nicht vollständig einreicht oder er zusätzliche Auskünfte verweigert.

Nach Abschluss der Verhandlungen werden die Bieter zur Abgabe finaler rechtsverbindlicher Angebote aufgefordert.

Die Bieter haben zudem eine Erklärung zur Kenntnisnahme und Einhaltung der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen abzugeben.

Die weitere Zeitplanung wird den Bietern in der Angebots- und Verhandlungsphase mitgeteilt.

IX. Angebotswertung

1. Allgemeine Hinweise zur Angebotswertung

Die Bewertung der Angebote erfolgt unter entsprechender Anwendung der §§ 56 ff. VgV und der in dem Dokument „Zuschlagskriterien“ vorgegebenen Regelungen.

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

2. Ausschlussgründe

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass es zum Angebotsausschluss führt, wenn der Bieter ein Angebot einreicht, das mit den Angeboten der Wettbewerber nicht vergleichbar ist. Das ist insbesondere der Fall, wenn der Bieter

- das Angebot nicht form- oder fristgerecht einreicht, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
- er Änderungen an den Vergabeunterlagen vornimmt oder diese außerhalb der dafür vorgesehenen Stellen ergänzt
- das Angebot unter einem Gremienvorbehalt oder einem sonstigen Vorbehalt abgibt oder mit dem Angebot von zwingenden kommerziellen Bedingungen oder zwingenden fachlichen Anforderungen des Auftraggebers abweicht
- er auf entsprechende Nachforderung des Auftraggebers fehlende oder unvollständige Erklärungen und Nachweise nicht oder nicht vollständig einreicht oder er zusätzliche Auskünfte verweigert
- sich im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligt hat.

Es gelten darüber hinaus die gesetzlichen Ausschlussgründe.

X. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Mit dem Angebot ist die Eigenerklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG) einzureichen.

XI. Vertragsentwurf

Vertragsgrundlage wird der vom Projektträger vorgegebenen Mustervertrag (Netzbetriebsvertrag) sein. Der auf dieses Auswahlverfahren angepasste Vertragsentwurf, der Gegenstand der Bietergespräche sein wird, wird in der Angebotsphase zur Verfügung gestellt und Gegenstand der Verhandlungen sein. Ein Anspruch auf Änderung der Vertragsunterlagen besteht nicht. Zudem bedürfen Änderungen am Mustervertrag der Genehmigung des Projektträgers. Ergänzend wird auf die Anlage „Rechtsrahmen Phase 2“ verwiesen.

XII. Sonstiges

1. Einlegung von Rechtsbehelfen

Das Verfahren erstreckt sich auf die Vergabe einer Dienstleistungskonzession (§ 105 Abs. 1 Nr. 2 GWB, §§ 1 ff. KonzVgV), bei der der Schwerpunkt auf dem Betrieb eines Gigabit-Breitbandnetzes und dem Angebot breitbandiger Telekommunikationsdienste liegt.

Nach der weit überwiegenden Rechtsprechung zu Dienstleistungskonzessionen im Breitbandausbau unterliegen derartige Auswahlverfahren der Bereichsausnahme gemäß § 149 Nr. 8 GWB. Aufgrund des beihilfen- und förderrechtlichen Hintergrunds hat die BOKG das Vergabeverfahren gleichwohl an den Regelungen der §§ 97 ff. GWB, der KonzVgV und der VgV ausgerichtet, um den Anforderungen an ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies wettbewerbliches Auswahlverfahren im Einklang mit den Grundsätzen der Vergabevorschriften² gerecht zu werden.

Ob sich die vergaberechtlichen Nachprüfungsinstanzen vor dem Hintergrund des Ausnahmetatbestandes in § 149 Nr. 8 GWB im Falle eines Nachprüfungsantrages für zuständig erklären, kann die Vergabestelle nicht konstitutiv vorgeben.

Daher wird vorsorglich auf folgende Rechtsbehelfsfristen und Präklusionsbestimmungen für den Fall der Anwendbarkeit des Kartellvergaberechts hingewiesen:

Wenn der Zuschlag bereits wirksam erteilt worden ist, kann dieser nicht mehr vor der Vergabekammer angegriffen werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. - soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind - bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nrn. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

2. Vertraulichkeit und Datenschutz

Die Unternehmen haben die Vertraulichkeit der Unterlagen zu wahren. Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebotes verwendet werden. Eine sonstige Verwendung, insbesondere die Weitergabe an Dritte, bedarf der schriftlichen Freigabe durch die Vergabestelle. Dies betrifft nicht die Weitergabe an Unternehmen, die als Nachunternehmer eingesetzt werden sollen, soweit diese die Unterlagen für die Erstellung des Angebots benötigen. Soweit das TK-Unternehmen die Unterlagen an Nachunternehmer weitergibt, verpflichtet es sich, diesen in gleichem Maße zur Vertraulichkeit zu verpflichten, in welchem es gegenüber der Vergabestelle verpflichtet ist.

² Vgl. u.a. Rn. 78 c) Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (2013/C 25/01) bzw. Rn. 117 der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen (2023/C 36/01).

Das TK-Unternehmen erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können und im Falle einer vorgesehenen Zuschlagserteilung an ihn gegenüber nicht berücksichtigten Bietern eine Vorabinformation gem. § 154 Nr. 4 i.V.m. § 134 GWB erfolgt. Auf die Hinweise in der Information DSGVO wird verwiesen.

3. Vorbehalt

Die Vergabestelle behält sich das Recht vor, das Vergabeverfahren (bezogen auf ein jeweiliges Los) aufzuheben, sofern sachliche Gründe dies rechtfertigen. Ein sachlicher Grund liegt insbesondere vor, wenn

- kein Angebot eingegangen ist, das den Vergabeunterlagen entspricht,
- sich die Grundlagen der Vergabe geändert haben,
- das Vergabeverfahren kein wirtschaftliches Ergebnis gehabt hat oder erwarten lässt.

Aufgrund der Vorläufigkeit der vorbenannten Fördermittel bzw. der noch ausstehenden vorläufigen Bewilligung steht die Finanzierung des jeweiligen Projekts unter dem Vorbehalt der Bewilligungen in endgültiger Höhe. Die Vergabestelle behält sich daher – nach Maßgabe der rechtlichen Vorgaben – für den Fall der Nichtfinanzierbarkeit (insbesondere bei Nichtgewährung der Fördermittel) sowie bei im Zuge der Verhandlungen deutlich werdender Unwirtschaftlichkeit vor, die Investitionsbeihilfe für die Errichtung des Gigabit-Netzes im Ausschreibungsgebiet bzw. in Teilgebieten nicht zu vergeben.

4. Änderungsvorbehalte

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass es im Laufe des Verfahrens zu Änderungen an den Vergabeunterlagen kommen kann. Sie behält sich daher ausdrücklich vor, die Vergabeunterlagen, insbesondere die Leistungsbeschreibung und die Vertragsbedingungen anzupassen bzw. zu ändern. Während der Verhandlungen werden der Konzessionsgegenstand als solcher, die in den Vergabeunterlagen ggfs. aufgestellten Mindestanforderungen an das Angebot und die Zuschlagskriterien nicht mehr geändert (in Anlehnung an § 12 Abs. 2 S. 3 KonzVgV). Davon unberührt bleibt die Berechtigung der Vergabestelle, ggfs. erforderliche Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen, um evtl. Vergabeverstöße zu beseitigen, Klarstellungen vorzunehmen oder im Nachhinein erkannte Bedarfsänderungen vorzunehmen. Im Übrigen wird auf die Regelungen in I.2 verwiesen (Änderungen aufgrund Vorgaben seitens der BNetzA oder des Zuwendungsgebers).

Sofern sich während des laufenden Vergabeverfahrens in den einzelnen Losen Änderungen des Gebietszuschnitts bzw. der Anzahl der Adressen, z.B. durch verbindliche eigenwirtschaftliche Ausbauzusagen von TK-Unternehmen oder Abkündigungen von Ausbauvorhaben, ergeben, behält sich die BOKG vor, eine entsprechende Anpassung der ausschreibungsgegenständlichen Adressen im jeweiligen Ausbaubiet vorzunehmen.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass sich aus dem aktuell durchgeführten Markterkundungsverfahren neue Erkenntnisse zum eigenwirtschaftlichen Ausbau im in den von dieser Vergabe betroffenen Kommunen ergeben habe, die möglichst für die jeweiligen Lose berücksichtigt werden sollen. Auf die entsprechenden Änderungsvorbehalte (siehe hierzu ausführlich in der Leistungsbeschreibung unter Kap. A.3.4) wird verwiesen.

Es wird zudem auf die Hinweise in der **Anlage „Rechtsrahmen Phase 2“** und die dort aufgeführten Änderungsvorbehalte hingewiesen.

Im Falle entsprechender Anpassungen werden sodann alle in dem Verfahren beteiligten Bewerber/Bieter aufgefordert, die Anpassungen bei der Angebotserstellung entsprechend zu berücksichtigen bzw. bereits abgegebene Angebote entsprechend zu überarbeiten.

5. Unterstützung der BOKG im Förderverfahren

Der für den Zuschlag vorgesehene Bieter unterstützt die BOKG im Rahmen seiner Möglichkeiten insbesondere bei der Beantwortung von Fragen des Projektträgers zur Erlangung des Änderungsbescheides über die abschließende Höhe der Zuwendung.

6. Wahrung des Geheimwettbewerbs

Jedes an dieser Vergabe beteiligte TK-Unternehmen ist verpflichtet, die Anforderungen an den Geheimwettbewerb zu gewährleisten. Jeder Bieter/jede Bietergemeinschaft darf ausschließlich Kenntnis von seinem Angebot haben.

7. Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse

Der Bieter hat in den Angebotsunterlagen alle Angaben deutlich zu kennzeichnen, die der Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen unterliegen.

8. Haftungshinweis

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Vergabeunterlagen samt Anlagen eventuell

unzutreffende oder unvollständige Angaben enthalten können. Die Vergabestelle übernimmt hierfür - soweit rechtlich zulässig - keine Haftung. Die Bieter haben daher die Informationen der Vergabestelle entsprechend zu überprüfen.

XIII. Anlagen

Den Bewerbungsbedingungen sind folgende Anlagen beigelegt:

- Anlage Rechtsrahmen Phase 2
- Formularsammlung Teilnahmeantrag
- Formularsammlung Eignungsleihe
- Leistungsbeschreibung Phase 2 mit Anlagen (zusätzliche technische Bedingungen).
- Anlagen Adressen und Zugangspunkte
- Zuwendungsbescheide nebst Änderungsbescheiden
- Bewertungsmatrix und Erläuterung Pachtzins
- Information DSGVO.

Weitere Unterlagen werden in der 2. Verfahrensstufe zur Verfügung gestellt.